

## Fadegrad



von  
Ueli Bamert

## Gegen den Strom

Viel wurde seit dem 20. Oktober über das neue Parlament gesprochen: Es sei jünger, progressiver, weiblicher und, vor allem, grüner geworden. Endlich, so hörte man die Kommentatoren landauf und landab aufatmen, würde es mit der Schweiz wieder vorangehen, endlich würde das Machtkartell aus alten Männern aufgebrochen und neuen Kräften Platz gemacht, die unser verstaubtes Land ausmisten sollen. Konservativ-liberal eingestellten Zeitgenossen dürfte es ob diesen düsteren Aussichten seither mehr als einmal kalt den Rücken hinuntergelaufen sein. Doch gemacht, liebe Leserin, lieber Leser, sie können beruhigt sein: viel wird sich in Bundesbern nämlich auch in der neuen Zusammensetzung nicht ändern. Dies ganz einfach deshalb, weil bereits in den vergangenen vier Jahren vieles aus dem Ruder gelaufen ist. Eine kleine Rückschau gefällig? Die Mitte-Links-Mehrheit im Parlament hat unter anderem die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative verweigert, eine Lohnpolizei gegen angebliche Geschlechterdiskriminierung beschlossen, ein freiheitsfeindliches CO<sub>2</sub>-Gesetz voller Verbote und neuer Steuern verabschiedet und zu guter Letzt einen zweiwöchigen Vaterschaftsurlaub eingeführt. All das gegen den Willen der SVP und unter gnädiger Mithilfe der «bürgerlichen Partner» FDP und CVP, die ein ums andere Mal vor dem herrschenden Zeitgeist eingeknickt und mit den Linken ins Lotterbett gestiegen sind. Es ist vor diesem Hintergrund absehbar, dass die SVP in den kommenden vier Jahren mehr denn je zum Instrument des Referendums wird greifen müssen. Ein Anfang ist gemacht: Die Unterschriftensammlung gegen den Vaterschaftsurlaub ist soeben angelaufen und das Referendum gegen das CO<sub>2</sub>-Gesetz bereits angekündigt. Dies ist richtig und wichtig, denn wer sich nicht wehrt, der hat bereits verloren. Es zeigt sich mehr denn je: die SVP ist die einzige Partei, die sich noch konsequent gegen den herrschenden links-grün-feministischen Gender-Zeitgeist wehrt und die Stimme des einfachen Bürgers von der Strasse vertritt. Dieser hält bekanntlich nichts von veganer Ernährung, kennt das Wort «Flugscham» bestenfalls vom Hörensagen und vertritt ungeniert die Meinung, dass Frauen und Männer in der Gesellschaft noch unterschiedliche Rollen spielen dürfen. Genau diesen Bürgerinnen und Bürgern sind wir es schuldig, dass wir uns auch zukünftig nach Kräften gegen die immer schamloseren Forderungen von links wehren. Das Ergebnis der Wahlen vom 20. Oktober ist ärgerlich, aber es ist kein Weltuntergang. Die SVP ist der Fels in der Brandung des Zeitgeistes, wir haben es nicht nötig, kurzfristigen Trends blind hinterherzurennen. Schwankungen in der Wählergunst müssen wir aushalten – und wenn wir unsere Karten richtig spielen, stehen wir in vier Jahren wieder auf der Gewinnerseite.

## AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

## Missbrauchsbekämpfung in der Sozialhilfe stärken

Die Sozialhilfe bewegt sich in einem Spannungsfeld. Einerseits soll sie Menschen in Notlage eine finanzielle Hilfe zum Überleben in einem kapitalistischen System bieten, wo ohne flüssige Mittel fast nichts zu bekommen ist. Andererseits sollen Missbräuche effizient bekämpft werden, damit dieses Sozialwerk auch weiterhin auf eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung zählen kann.



Roberto Bertozzi  
Gemeinderat SVP  
Zürich Kreis 12

Dass das schweizerische System der sozialen Sicherheit in der Bevölkerung eine breite, parteiübergreifende Unterstützung genießt, haben die vergangenen Abstimmungen in den Kantonen gezeigt.

Wieso ist eine existenzsichernde Sozialhilfe in der Schweiz wichtig? Einerseits ist sie eine effektive Massnahme gegen Kriminalität, insbesondere gegen die organisierte Kriminalität.

In Ländern, wo die organisierte Kriminalität stark ist, ist der Sozialstaat schwach. Anstelle des Staates treten die kriminellen Organisationen als Wohltäter auf und sichern so der Bevölkerung die finanzielle Existenz. Gleichzeitig erwarten die kriminellen Organisationen eine Gegenleistung.

Das macht sie so stark und dies schwächt den Staat nachhaltig. Als gutes Beispiel dafür dient Italien.

## Schnelligkeit des Wandels

Andererseits ist heute, aufgrund der strukturellen Veränderungen in der Wirtschaft, der zunehmenden Digitalisierung und der Personenfreizügigkeit

niemand vor einem unverschuldeten Stellenverlust sicher.

Gerade die Über-50-Jährigen, gemäss neuesten Erhebungen bereits die Über-45-Jährigen, sind vom wirtschaftlichen Wandel besonders betroffen.

Sie haben Mühe, nach einem Stellenverlust wieder einen neuen Arbeitgeber zu finden. Die Veränderungen gehen aktuell so schnell vor sich, dass Parallelen zur Zeit der Industriellen Revolution, wo ganze Bevölkerungsschichten von der Landwirtschaft in die Fabriken wechselten, nicht von der Hand zu weisen sind. Wie damals werden auch heute viele Menschen von der Schnelligkeit des Wandels überfordert und sind nach einer Aussteuerung auf die staatliche Sozialhilfe angewiesen, um würdevoll leben zu können. Diese zwei Beispiele zeigen schon, wie wichtig eine richtig funktionierende Sozialhilfe für den sozialen Frieden und für die Prävention gegen Kriminalität in der Schweiz ist. Die Bemühungen sollten sich in der Sozialhilfe deshalb darauf konzentrieren, Missbräuche konsequent und effizient zu bekämpfen. Darüber wird zurzeit heftig gestritten. Zu einer effizienten Missbrauchsbekämpfung gehören aus meiner Sicht folgende Massnahmen:

## Hausbesuche

Diese können sowohl angemeldet als auch unangemeldet durchgeführt wer-

## SO STIMMEN SIE RICHTIG!

## Volksabstimmung vom 17. November 2019

Vorlagen Stadt Zürich

1. Initiative «Ein Prozent gegen die globale Armut», 1%-Initiative. Gegenvorschlag des Gemeinderates.	NEIN
2. Liegenschaft Röschibachstrasse 24/26, Instandstellung und Umbau für das Sozialzentrum Hönggerstrasse, Objektkredit von 59,8 Mio. Franken. Übertragung vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen.	NEIN
3. Neubau Schulanlage im Gebiet Manegg, Quartier Wollishofen, Objektkredit von 57,318875 Mio. Franken.	JA
4. Vereinbarung zwischen dem Kanton Zürich und der Stadt Zürich über Errichtung und Betrieb des Forensischen Instituts Zürich (FOR).	NEIN

den und dienen der Prävention und der Kontaktpflege.

Wo ein persönlicher Kontakt zwischen Amt und Bürger besteht, ist die Tendenz zum Betrug niedriger und Missverständnisse können früher bereinigt werden.

Zudem können die Sozialhilfebezüglerinnen und -bezügler anlässlich der Besuche auch beraten werden. Die Besuche können sowohl von den Sozialdetektiven als auch von der fallführenden Person durchgeführt werden. Schlussendlich ist es eine Frage der Organisation, wer diese Besuche durchführt.

## Observationen

In berechtigten Fällen, wenn ein dringender Tatverdacht besteht, ist es durchaus angebracht, dass Sozialhilfebezüglerinnen und -bezügler durch Sozialde-

tektive observiert werden. Dies soll auch mit dem umstrittenen Mittel der GPS-Ortung möglich sein. Ich möchte daran erinnern, dass es in der Schweiz kein Gesetz gibt, welches eine GPS-Ortung verbietet.

Theoretisch kann jeder Bürger in der Schweiz eine GPS-Ortung durchführen. Den Sozialdetektiven eine GPS-Ortung zu verbieten, ist in etwa gleich, wie wenn Bürger ohne Waffentragerschein in der Öffentlichkeit eine Waffe tragen könnten, gleichzeitig die Polizei zum Tragen einer Waffe einen Waffentragerschein braucht oder das Tragen der Waffe im Dienst ganz verboten ist. Wie unsinnig so eine Forderung wäre, kann jeder selbst sehen.

Genauso unsinnig ist es, unter der gegebenen gesetzlichen Lage den Sozialdetektiven verbieten zu wollen, eine GPS-Ortung durchzuführen.

## PROJEKT HEIMPLATZ

## Projekt Heimplatz – ein Wolf im Schafspelz

Unter einem schönen Titel der «Verschönerung des Heimplatzes», auch Pfauen genannt, verbirgt sich die Behinderung des motorisierten Individualverkehrs: So schmücken sich die Autofeinde mit Pfauenfedern.

Wieder einmal entbrannte im Gemeinderat eine Verkehrsdebatte; diesmal ging es um den Umbau des Heimplatzes zwischen Kunsthaus und Schauspielhaus, angepriesen als Verschönerung. Dabei sollte unter anderem – falls der Kanton zustimmt – das Linksabbiegen von der Rämistrasse in den Zeltweg verboten werden. Diese Blockierung und andere Schikanen sties bei der SVP, aber auch bei der FDP, welche die SVP für ihre Argumentation diesmal lobte, auf eine deutliche Ablehnung.

Stadtrat Wolff meinte in seinem Votum, es gebe nichts Schlimmeres als einen Linksabbieger. Hier gab ihm der Schreibende – im übertragenen Sinne des Wortes – recht, besonders dann, wenn zuvor noch rechts «geblinkt» wurde. So erlebt man das bei den Grünliberalen: nach rechts signalisieren sie eine wirtschaftspolitisch neoliberale Position, nach links droht die Fahrt in den Sumpf des Fundamentalismus.

Wenn man allerdings etwas für die Verflüssigung des motorisierten Individualverkehrs hätte tun wollen, dann

wäre für die Rämistrasse ein Tunnel unter dem Heimplatz hindurch sinnvoll gewesen. Für Stadtrat Wolff sei das zu teuer, doch der Schreibende konstatierte, dass angesichts der jährlichen Subventionen für das Schauspielhaus die Proportionen ganz anders ausse-

hen. Der Hinweis, dass mit weniger Verkehr dem Publikum des Theaters mehr Raum geboten werden könnte, weil sie dann in den Pausen auch nach draussen auf den Platz gehen dürften, erweist sich ebenfalls als «Rohrkrepie-

rer». Aus eigener Erfahrung konnte entgegnet werden, dass im Foyer des Theaters selbst an Premierefeiern genügend Platz vorhanden sei – es seien die Raucher, welche hinaus drängen. Ob denn diese nun plötzlich zu einer geschützten Spezies gehören, für deren gelegentlichen Qualmen der Verkehr dauernd behindert werden müsse – so die rhetorischen Frage.

Man kann es drehen und wenden wie man will: Unter dem schönen Titel der Verschönerung des Heimplatzes verbirgt sich ein Projekt zur Behinderung des Autoverkehrs – ein klassischer Wolf im Schafspelz.

Bernhard im Oberdorf,  
Gemeinderat Stadt Zürich

